Freitag, 27. Mai 2022, Hofgeismarer Allgemeine / Lokales

Dialog scheint endlich möglich

Staatssekretäre aus Berlin besuchten Standort Würgassen

VON MARKUS LÖSCHNER

Umstrittener Standort: Campingplatz, Yachthafen oder diese Wochenendhäuser sind nur einen Steinwurf vom AKW-Gelände entfernt. Fotos: Markus Löschner

Beverungen – Entspannte Gesichter, gegenseitiger Respekt und sogar ein Lächeln beim Gruppenfoto: Das ist vielleicht die wichtigste Neuigkeit, nachdem zwei Jahre lang eher Funkstille oder Anfeindungen die Kommunikation zum geplanten Atommüll-Logistikzentrum in Würgassen bestimmt hatten.

Am Dienstag hat sich die neue Leitung des Bundesumweltministeriums erstmals selbst ein Bild von der Situation am geplanten Standort gemacht – ein Termin, auf den die regionale Politik und Bürgerinitiativen lange und vehe-

ment gedrängt hatten. Die Staatssekretäre Christian Kühn und Stefan Tidow trafen sich in Beverungen mit dem Standort-Arbeitskreis Würgassen zu einem ausführlichen Austausch, danach gab es eine Rundfahrt.

Politikerinnen und Politiker aus Gemeinden und Kreisen sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Region und Mitglieder der beiden Bürgerinitiativen erläuterten ihre Kritik am Standort und am bisherigen Verfahren. „Wir haben deutlich gemacht, dass die Standortentscheidung in keinster Weise transparent und nachvollziehbar war“, sagte der Gastgeber, Beverungens Bürgermeister Hubertus Grimm, nach dem „sehr konstruktiven Gespräch“. Lob gab es von Teilnehmern für die Präsentationen der Bürgerinitiativen Atomfreies Dreiländereck und Lebenswertes Bördeland, die ihre Argumente von Hochwasser und Geologie über ungeeignete Infrastruktur bis zu möglicher Strahlenbelastung, Unfallgefahren und Auswirkungen auf den Tourismus vortrugen.

Auch Stefan Tidow lobte den „ruhigen und sachorientierten“ Ton der Veranstaltung. „Wir wollen uns ein Bild von der Situation machen und uns mit der Kritik auseinandersetzen“, sagte der Staatssekretär. „Wir werden uns den gesamten Vorgang nochmals ansehen und ergebnisoffen prüfen.“ Einen Planungsstopp bedeutet das allerdings nicht. Christian Kühn geht zwar davon aus, dass man ein Logistikzentrum tatsächlich benötige, erklärte aber, dass man in Berlin das Logistikgutachten der Länder NRW und Niedersachsen abwarten und bewerten wolle, bevor weitere Entscheidungen fallen.

„Es ist jetzt ein Dialog möglich“, zog Dirk Wilhelm, Vorsitzender der BI atomfreies Dreiländereck, ein vorsichtig positives Fazit. Nach dem Gespräch teilte er die Einschätzung der Bürgermeister aus Trendelburg und Bad Karlshafen, Martin Lange und Marcus Dittrich, dass Sachargumente erstmals ernst genommen und bewertet würden. „Es herrschte ein ganz anderes Auftreten der Verantwortlichen und ein ganz anderer Ton, als wir es bisher erlebt haben“, so Lange und Dittrich.